

MITTEILUNGSBLATT

DER GEMEINDE EBHAUSEN · ROTFELDEN · EBERSHARDT · WENDEN

WWW.EBHAUSEN.DE



MITTWOCH, 20. DEZEMBER 2023
DIESE AUSGABE ERSCHEINT AUCH ONLINE

NR. 51/52

Weihnachtsgrüße

Das Jahr 2023 neigt sich dem Ende entgegen. Weihnachten steht vor der Tür.

Aus Sicht der Gemeindeverwaltung war es ein durchwachsesenes Jahr. Das Aufgabenfeld wird immer mehr und breiter – leider gehen die Finanzen und Personalausstattung nicht entsprechend mit. Dieser Spagat gelingt nur mit motiviertem Personal und Beschränkung von Wünschen. Die Situation wird in den kommenden Jahren nicht einfacher. Vor allem beim Personal, insbesondere im Bildungs- und Betreuungsbereich, kann es zu Engpässen und Leistungseinschränkungen kommen.

Wir sind immer mehr Teil einer globalen Welt, und die Auswirkungen von Krieg, Gewalt und Klimawandel schlagen sich direkt bei uns nieder. Die Aufnahme von Flüchtlingen stellt uns vor große Herausforderungen; wir würden uns wünschen, dass es bei der Integration besser läuft und wir mehr Unterstützung dafür bekommen würden.

Neben unseren Kernaufgaben wie Feuerwehr, Wasserversorgung, Kindergärten, Schulen, Familienförderung, Ortskerngestaltung kamen in den letzten Jahren mit Breitbandausbau, Flüchtlingsaufnahme, Digitalisierung und Klimaschutz umfassende zusätzliche Projekte dazu – weggefallen ist nichts und die Bürokratie wächst stetig und verlässlich.

In all den angesprochenen Bereichen waren wir unterwegs: Schulhausbau, Planung Sanierung Kindergärten, Bau von Photovoltaikanlagen, Hausarztpraxis, Biotopverbund, Raumbeschaffung für 50 Flüchtlinge, Kinderspielplatzbau, Breitbandausbau, Anschaffung Feuerwehrfahrzeug, Ausbau Hortbetreuung ... und dies bei einer eingeschränkten Personallage. Dafür möchte ich mich bei all unseren Mitarbeitenden herzlich bedanken – aber wir kommen an unsere Grenzen.

Es geht nicht ohne die Unterstützung aus der Bevölkerung und eine konstruktive Arbeit im Gemeinderat und Ortschaftsrat. Beides ist wichtig, um die kommunalen Ziele zu erreichen. Dazu gehört auch ihre hervorragende Bestätigung unserer Arbeit bei meiner Bürgermeisterwahl im Januar.

Wir leben trotz aller Sorgen und Nöte in einer der besten Welten ever. Unser Land hat schon weitaus schwierigere und dunklere Zeiten erlebt. Das sollten wir bei aller Kritik nicht vergessen. Es liegt an uns, wie wir unsere Gesellschaft gestalten. Deshalb möchte ich Sie ermuntern, an den Kommunalwahlen teilzunehmen und sich als Kandidat zur Verfügung zu stellen. Demokratie lebt vom „Mitmachen“ und nicht vom „Besservissen“.

Mein Dank gilt allen ehrenamtlich engagierten Menschen in unserer Gemeinde. Sie sind dafür verantwortlich, dass wir in Ebhausen gerne leben. Ein Ort ist ein Gemeinschaftswerk und jede/r kann seinen Beitrag dazu leisten. Bei uns in Ebhausen sind es überdurchschnittlich viele. Das zeichnet uns aus.

Unsere Gedanken sind an Weihnachten bei unseren Familien und Angehörigen. Dieses Jahr aber besonders auch bei den Menschen in der Ukraine, in Israel und im Nahen Osten – überall dort, wo Gewalt und Krieg auf unverschuldete Menschen trifft.

Der Stern von Bethlehem wird uns auch an diesem Weihnachten den Weg weisen.

Ihr
Volker Schuler
Bürgermeister



AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

GEMEINDE EBHAUSEN LANDKREIS CALW

3. Änderung der Friedhofssatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebühren- ordnung) vom 12. Dezember 2023

Aufgrund der §§ 12 Abs. 2, 13 Abs. 1, 15 Abs. 1, 39 Abs. 2 und 49 Abs. 3 Nr. 2 des Bestattungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie den §§ 2, 11 und 13 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 12. Dezember 2023 die nachstehende Friedhofssatzung beschlossen:

§ 1

Das Gebührenverzeichnis wird in der als Anlage beigefügten Form in der Fassung vom 12. Dezember 2023 geändert.

§ 2

Die weiteren Bestandteile der Friedhofssatzung der Gemeinde Ebhausen bleiben unberührt.

§ 3

Die Änderung der Friedhofssatzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Ebhausen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ebhausen, den 12. Dezember 2023

Volker Schuler

Bürgermeister

Gebührenverzeichnis in der Fassung vom 12.12.2023

Es werden erhoben:

1. für die Bestattung

1.1	Herstellen und Schließen eines Grabes	
1.1.1	von Personen über 6 Jahren	960,00 €
1.1.2	von Personen unter 6 Jahren	800,00 €
1.1.3	von Fehlgeburten (unter 500 g)	250,00 €
1.1.4	ein Zuschlag zu 1.1 für Tieferlegen in Erdgrab	400,00 €
1.1.5	bei Urnenbestattungen	430,00 €

1.2	Benutzung der Friedhofshallen	
1.2.1	auf dem Friedhof Ebhausen	210,00 €
1.2.2	auf den Friedhöfen Ebershardt und Rotfelden	125,00 €
1.2.3	auf dem Friedhof Wenden	85,00 €
1.2.4	für die Nutzung der Kühlkammer	75,00 €
1.2.5	für die Nutzung des Aufbahrungsraums	50,00 €
1.3	Wochenende und Feiertage ein Zuschlag zu 1.1 von	500,00 €

2. für die Verleihung von Grabnutzungs- rechten

2.1	für die Überlassung eines Reihengrabes pro Nutzungsjahr	
2.1.1	für Personen über 6 Jahren	60,00 €
2.1.2	für Personen unter 6 Jahren	60,00 €
2.1.3	für ein Urnengrab	40,00 €
2.1.4	für ein Baumgrab	50,00 €
2.1.5	für ein Rasengrab gelten analog die Gebühren 2.1.1 bis 2.1.3	
2.2	für die Verleihung von besonderen Grabnutzungsrechten pro Nutzungsjahr	
2.2.1	für ein Wahlgrab einfach tief, je Einzelgrabfläche	60,00 €
2.2.2	für ein Wahlgrab doppelt tief	100,00 €
2.2.3	für ein Urnenwahlgrab	70,00 €
2.2.4	für ein Baumwahlgrab	80,00 €
2.2.5	Bei der zusätzliche Bestattung einer Urne in ein Erdgrab	20,00 €

2.2.6 Bei einer Umwandlung eines Reihengrabes zu einem Wahlgrab ist die Differenz zwischen den Grabnutzungsgebühren zu entrichten wie sie entfallen wäre insofern seit Beginn der Nutzung ein Wahlgrab genutzt worden wäre.

2.2.7 für die Verlängerung eines Nutzungsrechts

2.2.7.1 für die Dauer einer Nutzungsperiode wie 3.2.1 bzw. 3.2.2

2.2.7.2 für eine davon abweichende Nutzungsdauer anteilig nach dem Verhältnis der Nutzungsperiode zur Verlängerungsdauer; angefangene Jahre werden voll gerechnet

3. ein Zuschlag für Auswärtige zu Nr. 1 bis 2 von je 75 %

Auswärtige sind Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes keinen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde Ebhausen hatten. Leichen, die innerhalb der Markung der Gemeinde Ebhausen aufgefunden werden, werden nicht als Auswärtige behandelt. Nicht als Auswärtige gelten außerdem Personen, die vor ihrer Unterbringung in einem Alten- oder Pflegeheim ihren Hauptwohnsitz in Ebhausen hatten. In Härtefällen entscheidet die Verwaltung.

4. für das Verlegen von Trittplatten zwischen den Gräbern gemäß der Friedhofsordnung:

4.1	für ein Reihengrab oder einstelliges Wahlgrab	350,00 €
4.2	für ein Doppelwahlgrab	600,00 €
4.3	für ein Kinder- und Urnengrab	280,00 €

5. für sonstige Leistungen

5.1	für das Ausgraben, Umbetten oder Tieferlegen von Leichen, Gebeinen oder Urnen	Kostensersatz nach tatsächlichem Aufwand
5.2	Beisetzung von auswärts überführter Gebeine	485,00 €
5.3	Pflege eines Rasengrabes (Je Nutzungsjahr)	110,00 €
5.4	Pflege eines Baumgrabes (Je Nutzungsjahr)	80,00 €
5.5	Pflege eines anonymen Urnengrabes (Je Nutzungsjahr)	60,00 €
5.6	Abräumen eines Einzelgrabes	150,00 €
5.7	Abräumen eines Wahlgrabes einfach tief, je Einzelfläche	125,00 €
5.8	Abräumen eines Urnengrabes	60,00 €
5.9	Auf Antrag kann eine Befreiung von den Gebühren nach Ziffern 5.6 bis 5.8 erteilt werden, wenn sichergestellt ist, dass die Leistung durch einen Dritten erbracht wird. Ein Nachweis ist dem Antrag beizulegen.	

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) vom 12.12.2023

Aufgrund von § 45 b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG), §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Ebhausen am 12.12.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 14.12.2010, zuletzt geändert am 13.12.2016, wird wie folgt geändert:

1. § 42 erhält folgende Fassung:

Die Schmutzwassergebühr (§40) beträgt je m³ Abwasser 2,47 €.

Die Niederschlagswassergebühr (§40a) beträgt je m² abflussrelevanter Fläche und Jahr 0,39 €.

Die Gebühr für sonstige Einleitung nach § 38 Abs. 2 beträgt je m³ Abwasser 2,47 €.

§ 2

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Ebhausen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ebhausen, den 12. Dezember 2023

Volker Schuler

Bürgermeister



After Work Glühwein

Freitag 22. Dezember 2023
ab 18.00 Uhr
am Postplätzle

Der DRK Ebhausen/Rohrdorf
freut sich auf Ihren Besuch.



www.ebhausen.de

Abendgottesdienst
Posaunenchor & Orgel
26. Dezember 2023
17:30 Uhr Kirche Ebershardt

Musikstücke
Lieder
Lesungen

Mitwirkende:
Posaunenchor Wart-Ebershardt
Orgelbläser
Orgel: Matthias Hinderer
Verbundkirchengemeinde
Wart-Rotfelden-Ebershardt-Wenden



Heimat- & Kulturverein Rotfelden e.V. lädt ein am

6. Januar
zum Ständering

ROTFELDER
Neujahrsempfang
ab 10:30
am Backhaus

mit einem deftigen
Weisswurst Frühstück!

serviert mit Weizenbier, Glühwein,
Punch und anderen Getränken

Eine nette Gelegenheit, um den Nachbarn
Hallo zu sagen und seine Glückwünsche
für 2024 zu überbringen.

TIME OUT
[AUSZEIT]

Feiert gemeinsam mit uns Gottesdienst am
Sonntag, den 07.01.2024 um 19 Uhr
in der Kirche in Wart.

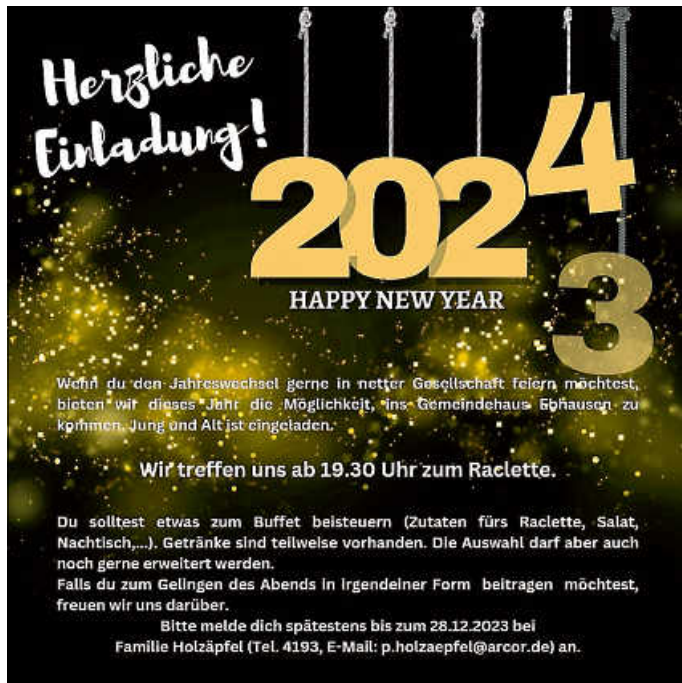
- ein Gottesdienst für alle
mit Input von Gregor Schelp -

Unsere Spotify-Playlist: 

 Time_Out_WREW

Verbundkirchengemeinde Wart-Rotfelden-Ebershardt-Wenden

Gemeinde Ebhausen
Landkreis Calw



Herzliche Einladung!

2024
HAPPY NEW YEAR
2023

Wenn du den Jahreswechsel gerne in netter Gesellschaft feiern möchtest, bieten wir dieses Jahr die Möglichkeit, ins Gemeindehaus Ebhausen zu kommen. Jung und Alt ist eingeladen.

Wir treffen uns ab 19.30 Uhr zum Raclette.

Du solltest etwas zum Buffet beisteuern (Zutaten fürs Raclette, Salat, Nachtisch,...). Getränke sind teilweise vorhanden. Die Auswahl darf aber auch noch gerne erweitert werden. Falls du zum Gelingen des Abends in irgendeiner Form beitragen möchtest, freuen wir uns darüber.

Bitte melde dich spätestens bis zum 28.12.2023 bei Familie Holzäpfel (Tel. 4193, E-Mail: p.holzäpfel@arcor.de) an.

Christbaumsammel-Aktion 2024

Sie wissen nicht, wie Sie Ihren Christbaum loswerden sollen? Wir helfen Ihnen dabei!

Am Samstag, den 13.01.2024 ab 8.00 Uhr nehmen wir in Wart, Wenden und Ebershardt Ihren ausgedienten Christbaum mit, wenn Sie ihn am Straßenrand ablegen (bitte den Weihnachtsschmuck ganz entfernen).

Und Sie können uns helfen, indem Sie eine kleine Spende an dem Baum befestigen (z.B. in einer Plastiktüte anbinden).

Liebe Grüße

Teen- und Jugendkreis Wart
der Liebenzeller Gemein-
schaft



IMPRESSUM

Herausgeber:
Gemeinde Ebhausen

Druck und Verlag:
Nussbaum Medien Weil der Stadt
GmbH & Co. KG,
Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot,
www.nussbaum-medien.de

**Verantwortlich für den amtlichen
Teil, alle sonstigen Verlautbarungen
und Mitteilungen:**

Bürgermeister Volker Schuler,
72224 Ebhausen, Marktplatz 1,
oder sein Vertreter im Amt.

**Verantwortlich für „Was sonst noch
interessiert“ und den Anzeigenteil:**
Klaus Nussbaum, Opelstraße 29,
68789 St. Leon-Rot

INFORMATIONEN

**Vertrieb (Abonnement und
Zustellung):** G.S. Vertriebs GmbH,
Josef-Beyerle-Str. 2,
71263 Weil der Stadt,

Tel.: 07033 6924-0,
E-Mail: info@gsvertrieb.de
Internet: www.gsvertrieb.de

Anzeigenverkauf:
wds@nussbaum-medien.de

Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung - WVS) der Gemeinde Ebhausen vom 12. Dezember 2023

in der Fassung vom 12. Dezember 2023

Aufgrund der §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie der §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat der Gemeinde Ebhausen am 12. Dezember 2023 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung

- (1) Die Gemeinde betreibt die Wasserversorgung als eine öffentliche Einrichtung zur Lieferung von Trinkwasser. Art und Umfang der Wasserversorgungsanlagen bestimmt die Gemeinde.
- (2) Die Gemeinde kann die Wasserversorgung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.
- (3) Die Wasserversorgung erzielt Gewinne.

§ 2

Anschlussnehmer, Wasserabnehmer

- (1) Anschlussnehmer ist der Grundstückseigentümer, dem Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungserbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte gleichstehen.
- (2) Als Wasserabnehmer gelten der Anschlussnehmer, alle sonstigen zur Entnahme von Wasser auf dem Grundstück Berechtigten sowie jeder, der der öffentlichen Wasserversorgung tatsächlich Wasser entnimmt.

§ 3

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Gemeinde liegenden Grundstücks ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Wasserversorgungsanlage und die Belieferung mit Trinkwasser nach Maßgabe der Satzung zu verlangen.
- (2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Versorgungsleitung erschlossen werden. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, dass eine neue Versorgungsleitung hergestellt oder eine bestehende Versorgungsleitung geändert wird.
- (3) Der Anschluss eines Grundstücks an eine bestehende Versorgungsleitung kann abgelehnt werden, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstücks oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen der Gemeinde erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert.
- (4) Die Gemeinde kann im Falle der Absätze 2 und 3 den Anschluss und die Benutzung gestatten, sofern der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die mit dem Bau und Betrieb zusammenhängenden Mehrkosten zu übernehmen und auf Verlangen Sicherheit zu leisten.

§ 4

Anschlusszwang

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Wasser verbraucht wird, sind verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgungsanlage anzuschließen, wenn sie an eine öffentliche Straße mit einer betriebsfertigen Versorgungsleitung grenzen oder ihren unmittelbaren Zugang zu einer solchen Straße durch einen Privatweg haben. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes Gebäude anzuschließen.
- (2) Von der Verpflichtung zum Anschluss wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn der Anschluss ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Gemeinde einzureichen.

§ 5

Benutzungszwang

- (1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, haben die Wasserabnehmer ihren gesamten Wasserbedarf aus dieser zu decken. Ausgenommen hiervon ist die Nutzung von Niederschlagswasser für Zwecke der Gartenbewässerung.

(2) Von der Verpflichtung zur Benutzung wird der Wasserabnehmer auf Antrag befreit, wenn die Benutzung ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.

(3) Die Gemeinde räumt dem Wasserabnehmer darüber hinaus im Rahmen des ihr wirtschaftlich Zumutbaren auf Antrag die Möglichkeit ein, den Bezug auf einen von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken.

(4) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Gemeinde einzureichen.

(5) Der Wasserabnehmer hat der Gemeinde vor Errichtung einer Eigengewinnungsanlage Mitteilung zu machen. Er hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in die öffentliche Wasserversorgungsanlage möglich sind.

§ 6

Art der Versorgung

(1) Das Wasser muss den jeweils geltenden Rechtsvorschriften und den anerkannten Regeln der Technik für Trinkwasser entsprechen. Die Gemeinde ist verpflichtet, das Wasser unter dem Druck zu liefern, der für eine einwandfreie Deckung des üblichen Bedarfs in dem betreffenden Versorgungsgebiet erforderlich ist. Sie ist berechtigt, die Beschaffenheit und den Druck des Wassers im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik zu ändern, falls dies in besonderen Fällen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend notwendig ist; dabei sind die Belange des Wasserabnehmers möglichst zu berücksichtigen.

(2) Stellt der Wasserabnehmer Anforderungen an Beschaffenheit und Druck des Wassers, die über die vorgenannten Verpflichtungen hinausgehen, so obliegt es ihm selbst, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

§ 7

Umfang der Versorgung, Unterbrechung bei Versorgungsunterbrechungen

(1) Die Gemeinde ist verpflichtet, das Wasser jederzeit am Ende der Anschlussleitung zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht, 1. soweit zeitliche Beschränkungen zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung erforderlich oder sonst nach dieser Satzung vorbehalten sind,

2. soweit und solange die Gemeinde an der Versorgung durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihr wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.

(2) Die Versorgung kann unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten erforderlich ist. Die Gemeinde hat jede Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit unverzüglich zu beheben.

(3) Die Gemeinde hat die Wasserabnehmer bei einer nicht nur für kurze Dauer beabsichtigten Unterbrechung der Versorgung rechtzeitig in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Pflicht zur Unterbrechung entfällt, wenn sie

1. nach den Umständen nicht rechtzeitig möglich ist und die Gemeinde dies nicht zu vertreten hat oder

2. die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde.

§ 8

Verwendung des Wassers, sparsamer Umgang

(1) Das Wasser wird nur für die eigenen Zwecke des Anschlussnehmers, seiner Mieter und ähnlich berechtigter Personen zur Verfügung gestellt. Die Weiterleitung an sonstige Dritte ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Gemeinde zulässig. Diese muss erteilt werden, wenn dem Interesse an der Weiterleitung nicht überwiegende versorgungswirtschaftliche Gründe entgegenstehen.

(2) Das Wasser darf für alle Zwecke verwendet werden, soweit nicht in dieser Satzung oder aufgrund sonstiger gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften Beschränkungen vorgesehen sind. Die Gemeinde kann die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränken, soweit dies zur Sicherstellung der allgemeinen Wasserversorgung erforderlich ist.

(3) Der Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser ist bei der Gemeinde vor Beginn der Bauarbeiten zu beantragen. Entsprechendes gilt für Anschlüsse zu sonstigen vorübergehenden Zwecken.

(4) Soll Wasser aus öffentlichen Hydranten nicht zum Feuerlöschszenario, sondern zu anderen vorübergehenden Zwecken entnommen werden, sind hierfür Hydrantenstandrohre der Gemeinde mit Wasserzählern zu benutzen.

(5) Sollen auf einem Grundstück besondere Feuerlöschanschlüsse eingerichtet werden, sind über ihre Anlegung, Unterhaltung und Prüfung besondere Vereinbarungen mit der Gemeinde zu treffen.

(6) Mit Wasser aus der öffentlichen Wasserversorgung ist sparsam umzugehen. Die Wasserabnehmer werden aufgefordert, wassersparende Verfahren anzuwenden, soweit dies insbesondere wegen der benötigten Wassermenge mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt zumutbar und aus hygienischen Gründen vertretbar ist.

§ 9

Unterbrechung des Wasserbezugs

(1) Will ein Anschlussnehmer den Wasserbezug länger als drei Monate einstellen, so hat er dies der Gemeinde mindestens zwei Wochen vor der Einstellung schriftlich mitzuteilen. Wird der Wasserverbrauch ohne rechtzeitige schriftliche Mitteilung eingestellt, so haftet der Anschlussnehmer der Gemeinde für die Erfüllung sämtlicher sich aus der Satzung ergebenden Verpflichtungen.

(2) Der Anschlussnehmer kann eine zeitweilige Absperrung seines Anschlusses verlangen, ohne damit das Benutzungsverhältnis aufzulösen.

§ 10

Einstellung der Versorgung

(1) Die Gemeinde ist berechtigt, die Versorgung fristlos einzustellen, wenn der Wasserabnehmer den Bestimmungen dieser Satzung zuwiderhandelt und die Einstellung erforderlich ist, um

1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwehren,

2. den Verbrauch von Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern oder

3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Wasserabnehmer, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen der Gemeinde oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

(2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichtzahlung einer fälligen Abgabenschuld trotz Mahnung, ist die Gemeinde berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn der Wasserabnehmer darlegt, dass die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Wasserabnehmer seinen Verpflichtungen nachkommt. Die Gemeinde kann mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Versorgung androhen.

(3) Die Gemeinde hat die Versorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für ihre Einstellung entfallen sind und der Wasserabnehmer die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung ersetzt hat.

§ 11

Grundstücksbenutzung

(1) Die Anschlussnehmer haben zur örtlichen Versorgung das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Zu- und Fortleitung von Wasser über ihre im gleichen Versorgungsgebiet liegenden Grundstücke sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die Wasserversorgung angeschlossen sind, die vom Anschlussnehmer in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Wasserversorgung genutzt werden oder für die die Möglichkeit der Wasserversorgung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Sie entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke den Anschlussnehmer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde.

(2) Der Wasserabnehmer oder Anschlussnehmer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstücks zu benachrichtigen.

(3) Der Anschlussnehmer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat die Gemeinde zu tragen. Dienen die Einrichtungen ausschließlich der Versorgung des Grundstücks, so hat der Anschlussnehmer die Kosten zu tragen.

(4) Wird der Wasserbezug eingestellt, so hat der Grundstückseigentümer die Entfernung der Einrichtungen zu gestatten oder sie auf Verlangen der Gemeinde noch fünf Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

§ 12

Zutrittsrecht

Der Wasserabnehmer hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten der Gemeinde im Rahmen des § 44 Abs. 6 Wasser-gesetz für Baden-Württemberg und des § 99 der Abgabenord-nung den Zutritt zu seinen Räumen und zu den in § 23 genannt-

ten Einrichtungen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtung, zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Satzung insbesondere zur Ablesung, zum Austausch der Messeinrichtungen (Wasserzähler) oder zur Ermittlung der Grundlagen für die Gebührenbemessung erforderlich ist.

II. Hausanschlüsse, Anlage des Anschlussnehmers, Messeinrichtungen

§ 13 Anschlussantrag

Der Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und jede Änderung des Hausanschlusses ist vom Anschlussnehmer unter Benutzung eines bei der Gemeinde erhältlichen Vordrucks für jedes Grundstück zu beantragen. Dem Antrag sind insbesondere folgende Unterlagen beizufügen, soweit sich die erforderlichen Angaben nicht bereits aus dem Antrag selbst ergeben:

1. Ein Lageplan nebst Beschreibung und Skizze der geplanten Anlage des Anschlussnehmers (Wasserverbrauchsanlage);
2. der Name des Installationsunternehmens, durch das die Wasserverbrauchsanlage eingerichtet oder geändert werden soll;
3. eine nähere Beschreibung besonderer Einrichtungen (z. B. von Gewerbebetrieben usw.), für die auf dem Grundstück Wasser verwendet werden soll, sowie die Angabe des geschätzten Wasserbedarfs;
4. Angaben über eine etwaige Eigengewinnungsanlage;
5. im Falle des § 3 Abs. 4 die Verpflichtungserklärung zur Übernahme der mit dem Bau und Betrieb zusammenhängenden Mehrkosten.

§ 14 Haus- und Grundstücksanschlüsse

(1) Der Hausanschluss besteht aus der Verbindung des Verteilungsnetzes mit der Anlage des Anschlussnehmers. Er beginnt an der Abzweigstelle des Verteilungsnetzes und endet mit der Hauptabsperrvorrichtung. Hausanschlüsse werden ausschließlich von der Gemeinde hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt.

(2) Hausanschlüsse stehen vorbehaltlich abweichender Regelung im Eigentum der Gemeinde. Soweit sie in öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen verlaufen (Grundstücksanschlüsse), sind sie Teil der öffentlichen Wasserversorgungsanlage.

(3) Art, Zahl und Lage der Hausanschlüsse sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Anschlussnehmers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen von der Gemeinde bestimmt. Die Gemeinde stellt die für den erstmaligen Anschluss eines Grundstücks notwendigen Hausanschlüsse bereit.

(4) Die Gemeinde kann auf Antrag des Anschlussnehmers weitere Anschlüsse sowie vorläufige oder vorübergehende Anschlüsse herstellen. Als weitere Anschlüsse gelten auch Hausanschlüsse für Grundstücke, die nach Entstehen der Beitragspflicht (§ 36) neu gebildet werden.

(5) Hausanschlüsse dürfen nicht überbaut werden, die Freilegung muss stets möglich sein, sie sind vor Beschädigung zu schützen. Der Anschlussnehmer hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er darf keine Einwirkungen auf den Hausanschluss vornehmen oder vornehmen lassen. Jede Beschädigung des Hausanschlusses, insbesondere das Undichtwerden von Leitungen sowie sonstige Störungen, sind der Gemeinde unverzüglich mitzuteilen.

§ 15 Kostenerstattung

(1) Der Anschlussnehmer hat der Gemeinde zu erstatten:

1. Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der notwendigen Hausanschlüsse. Dies gilt nicht für den Teil des Hausanschlusses (Grundstücksanschluss), der in öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen verläuft (§ 14 Abs. 2).
2. Die Kosten der Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der weiteren, vorläufigen und vorübergehenden Hausanschlüsse (§ 14 Abs. 4). Zu diesen Kosten gehören auch die Aufwendungen für die Wiederherstellung des alten Zustands auf den durch die Arbeiten beanspruchten Flächen.
- (2) Zweigt eine Hausanschlussleitung von der Anschlussstromeim im Hydrantenschacht ab (württ. Schachthydrantensystem), so wird der Teil der Anschlussleitung, der neben der Versorgungsleitung verlegt ist, bei der Berechnung der Kosten nach Abs. 1 unberücksichtigt gelassen. Die Kosten für die Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung dieser Teilstrecke trägt die Gemeinde.
- (3) Der Erstattungsanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung des Hausanschlusses, im Übrigen mit der Beendigung der

Maßnahme. Der Erstattungsanspruch wird binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheids fällig.

(4) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Hausanschlussleitung, so ist für die Teile der Anschlussleitung, die ausschließlich einem der beteiligten Grundstücke dienen, allein der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte des betreffenden Grundstücks ersatzpflichtig. Soweit Teile der Hausanschlussleitung mehreren Grundstücken gemeinsam dienen, sind die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten der beteiligten Grundstücke als Gesamtschuldner ersatzpflichtig.

§ 16 Private Anschlussleitungen

(1) Private Anschlussleitungen hat der Anschlussnehmer selbst zu unterhalten, zu ändern und zu erneuern. Die insoweit anfallenden Kosten sind vom Anschlussnehmer zu tragen.

(2) Entspricht eine solche Anschlussleitung nach Beschaffenheit und Art der Verlegung den Bestimmungen der DIN 1988 und etwaigen zusätzlichen Bestimmungen der Gemeinde, und verzichtet der Anschlussnehmer schriftlich auf seine Rechte an der Leitung, so ist die Anschlussleitung auf sein Verlangen von der Gemeinde zu übernehmen. Dies gilt nicht für Leitungen im Außenbereich (§ 35 BauGB).

(3) Unterhaltungs-, Änderungs- und Erneuerungsarbeiten an privaten Grundstücksanschlüssen sind der Gemeinde vom Anschlussnehmer mindestens 14 Tage vorher anzuzeigen.

§ 17 Anlage des Anschlussnehmers

(1) Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Anlage hinter dem Hausanschluss – mit Ausnahme der Messeinrichtungen der Gemeinde – ist der Anschlussnehmer verantwortlich. Hat er die Anlage oder Anlagenteile einem Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so ist er neben diesem verantwortlich.

(2) Die Anlage darf nur unter Beachtung der Vorschriften dieser Satzung und anderer gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie nach den anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und unterhalten werden. Die Errichtung der Anlage und wesentliche Veränderungen dürfen nur durch die Gemeinde oder ein von der Gemeinde zugelassenes Installationsunternehmen erfolgen. Die Gemeinde ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.

(3) Anlagenteile, die sich vor den Messeinrichtungen befinden, können plombiert werden. Ebenso können Anlagenteile, die zur Anlage des Anschlussnehmers gehören, unter Plombenverschluss genommen werden, um eine einwandfreie Messung zu gewährleisten. Die dafür erforderliche Ausstattung der Anlage ist nach den Angaben der Gemeinde zu veranlassen.

(4) Es dürfen nur Materialien und Geräte verwendet werden, die entsprechend den anerkannten Regeln der Technik beschaffen sind. Das Zeichen einer anerkannten Prüfstelle (z. B. DIN-DVGW, DVGW- oder GS-Zeichen) bekundet, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind.

(5) Anlagen und Verbrauchseinrichtungen sind so zu betreiben, dass Störungen anderer Wasserabnehmer, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen der Gemeinde oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

§ 18 Inbetriebsetzung der Anlage des Anschlussnehmers

(1) Die Gemeinde oder deren Beauftragte schließen die Anlage des Anschlussnehmers an das Verteilungsnetz an und setzen sie in Betrieb.

(2) Jede Inbetriebsetzung der Anlage ist bei der Gemeinde über das Installationsunternehmen zu beantragen.

§ 19 Überprüfung der Anlage des Anschlussnehmers

(1) Die Gemeinde ist berechtigt, die Anlage des Anschlussnehmers vor und nach ihrer Inbetriebsetzung zu überprüfen. Sie hat den Anschlussnehmer auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.

(2) Werden Mängel festgestellt, die die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist die Gemeinde berechtigt, den Anschluss oder die Versorgung zu verweigern; bei Gefahr für Leib und Leben ist sie dazu verpflichtet.

(3) Durch Vornahme oder Unterlassen der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilungsnetz übernimmt die Gemeinde keine Haftung für die Mangelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn sie bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib und Leben darstellen.

§ 20**Technische Anschlussbedingungen**

Die Gemeinde ist berechtigt, weitere technische Anforderungen an den Hausanschluss und andere Anlagenteile sowie an den Betrieb der Anlage festzulegen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse des Verteilungsnetzes, notwendig ist. Diese Anforderungen dürfen den anerkannten Regeln der Technik nicht widersprechen. Der Anschluss bestimmter Verbrauchseinrichtungen kann von der vorherigen Zustimmung der Gemeinde abhängig gemacht werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Anschluss eine sichere und störungsfreie Versorgung gefährden würde.

§ 21**Messung**

(1) Die Gemeinde stellt die verbrauchte Wassermenge durch Messeinrichtungen (Wasserzähler) fest, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen. Bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen kann die gelieferte Menge auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung nicht im Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen.

(2) Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass eine einwandfreie Messung der verbrauchten Wassermenge gewährleistet ist. Sie bestimmt Art, Zahl und Größe sowie Anbringungsort der Messeinrichtungen. Ebenso ist die Lieferung, Anbringung, Überwachung, Unterhaltung und Entfernung der Messeinrichtungen Aufgabe der Gemeinde. Sie hat den Anschlussnehmer anzuhören und dessen berechnete Interessen zu wahren. Sie ist verpflichtet, auf Verlangen des Anschlussnehmers die Messeinrichtungen zu verlegen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist; der Anschlussnehmer ist verpflichtet, die Kosten zu tragen.

(3) Der Anschlussnehmer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung der Messeinrichtungen, soweit ihn daran ein Verschulden trifft. Er hat den Verlust, Beschädigungen und Störungen dieser Einrichtungen der Gemeinde unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Einrichtungen vor Abwasser, Schmutz- und Grundwasser sowie vor Frost zu schützen.

(4) Der Einbau von Zwischenzählern in die Verbrauchsleitung ist dem Wasserabnehmer gestattet. Alle den Zwischenzähler betreffenden Kosten gehen zu seinen Lasten. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, das Anzeigergebnis eines Zwischenzählers der Wasserzinsberechnung zugrunde zu legen.

§ 22**Nachprüfung von Messeinrichtungen**

(1) Der Wasserabnehmer kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle nach § 39 des Mess- und Eichgesetzes verlangen. Stellt der Wasserabnehmer den Antrag auf Prüfung nicht bei der Gemeinde, so hat er diese vor Antragstellung zu benachrichtigen.

(2) Die Kosten der Prüfung fallen der Gemeinde zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Wasserabnehmer.

§ 23**Ablesung**

(1) Die Messeinrichtungen werden vom Beauftragten der Gemeinde oder auf Verlangen der Gemeinde vom Anschlussnehmer selbst abgelesen. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen leicht zugänglich sind.

(2) Solange der Beauftragte der Gemeinde die Räume des Anschlussnehmers nicht zum Ablesen betreten kann, darf die Gemeinde den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

§ 24**Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze**

(1) Die Gemeinde kann verlangen, dass der Anschlussnehmer auf eigene Kosten nach seiner Wahl an der Grundstücksgrenze einen geeigneten Wasserzählerschacht oder Wasserzählerschrank anbringt, wenn

1. das Grundstück unbebaut ist oder
2. die Versorgung des Gebäudes mit Anschlussleitungen erfolgt, die unverhältnismäßig lang sind oder nur unter besonderen Erschwernissen verlegt werden können, oder
3. kein Raum zur frostsicheren Unterbringung des Wasserzählers vorhanden ist.

(2) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, die Einrichtungen in ordnungsgemäßem Zustand und jederzeit zugänglich zu halten.

(3) Der Anschlussnehmer kann die Verlegung der Einrichtungen auf seine Kosten verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind und die Verlegung ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist.

III. Wasserversorgungsbeitrag**§ 25****Erhebungsgrundsatz**

Die Gemeinde erhebt zur teilweisen Deckung ihres Aufwands für die Anschaffung, Herstellung und den Ausbau der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen einen Wasserversorgungsbeitrag.

§ 26**Gegenstand der Beitragspflicht**

(1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, wenn sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können.

Erschlossene Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, unterliegen der Beitragspflicht, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.

(2) Wird ein Grundstück an die öffentliche Wasserversorgungsanlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht erfüllt sind.

§ 27**Beitragsschuldner**

(1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Zustellung des Beitragsbescheids Eigentümer des Grundstücks ist.

(2) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist der Erbbauberechtigte an Stelle des Eigentümers beitragspflichtig. Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner. Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

(3) Steht das Grundstück, Erbbaurecht, Wohnungs- oder Teileigentum im Eigentum mehrerer Personen zur gesamten Hand, ist die Gesamthandsgemeinschaft beitragspflichtig.

§ 28**Beitragsmaßstab**

Maßstab für den Wasserversorgungsbeitrag ist die Nutzungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachung der Grundstücksfläche (§ 29) mit einem Nutzungsfaktor (§ 30); das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

§ 29**Grundstücksfläche**

(1) Als Grundstücksfläche gilt

1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans die Fläche, die der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zu legen ist;
2. soweit ein Bebauungsplan nicht besteht oder die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 35 m von der der Erschließungsanlage zugewandten Grundstücksgrenze.

Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus oder sind Flächen tatsächlich angeschlossen, ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung, zuzüglich der baurechtlichen Abstandsflächen, bestimmt wird. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Erschließungsanlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt. Zur Nutzung zählen auch angelegte Grünflächen oder gärtnerisch genutzte Flächen.

(2) Teilflächenabgrenzungen gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG bleiben unberührt.

§ 30**Nutzungsfaktor**

(1) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche (§ 29) mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt

1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit 1,00,
2. bei zweigeschossiger Bebaubarkeit 1,25,
3. bei dreigeschossiger Bebaubarkeit 1,50,
4. bei vier- und fünfgeschossiger Bebaubarkeit 1,75,
5. bei sechs- und mehrgeschossiger Bebaubarkeit 2,00.

(2) Bei Stellplatzgrundstücken und bei Grundstücken, für die nur eine Nutzung ohne Bebauung zulässig ist oder bei denen die Bebauung nur untergeordnete Bedeutung hat, wird ein Nutzungs-

faktor von 0,5 zugrunde gelegt. Dasselbe gilt auch für Gemeinbedarfs- oder Grünflächengrundstücke, deren Grundstücksflächen aufgrund ihrer Zweckbestimmung nicht oder nur zu einem untergeordneten Teil mit Gebäuden überdeckt werden sollen bzw. überdeckt sind (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Kleingartenanlagen). Die §§ 31 bis 34 finden keine Anwendung.

§ 31

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Geschosszahl festsetzt

Als Geschosszahl gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Ist im Einzelfall eine größere Geschosszahl genehmigt, so ist diese zugrunde zu legen. Als Geschosse gelten Vollgeschosse i. S. der Landesbauordnung (LBO) in der im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Bebauungsplan geltenden Fassung. Sind auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen mit unterschiedlicher Geschosszahl zulässig, ist die höchste Zahl der Vollgeschosse maßgebend.

§ 32 a

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan eine Baumassenzahl festsetzt

(1) Weist der Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse eine Baumassenzahl aus, so gilt als Geschosszahl die Baumassenzahl geteilt durch [3,5]; das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

(2) Ist eine größere als die nach Abs. 1 bei Anwendung der Baumassenzahl zulässige Baumasse genehmigt, so ergibt sich die Geschosszahl aus der Teilung dieser Baumasse durch die Grundstücksfläche und nochmaliger Teilung des Ergebnisses durch [3,5]; das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

§ 32 b

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Höhe baulicher Anlagen festsetzt

(1) Bestimmt der Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung nicht durch die Zahl der Vollgeschosse oder eine Baumassenzahl, sondern setzt er die Höhe baulicher Anlagen in Gestalt der maximalen Gebäudehöhe (Firsthöhe) fest, so gilt als Geschosszahl das festgesetzte Höchstmaß der Höhe der baulichen Anlage geteilt durch

1. [3,0] für die im Bebauungsplan als Kleinsiedlungsgebiete (WS), reine Wohngebiete (WR), allgemeine Wohngebiete (WA), Ferienausgebiete, Wochenendhausgebiete und besondere Wohngebiete (WB) festgesetzten Gebiete und

2. [4,0] für die im Bebauungsplan als Dorfgebiete (MD), Mischgebiete (MI), Kerngebiete (MK), Gewerbegebiete (GE), Industriegebiete (GI) und sonstige Sondergebiete (SO) festgesetzten Gebiete; das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

(2) Bestimmt der Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung nicht durch die Zahl der Vollgeschosse oder eine Baumassenzahl, sondern setzt er die Höhe baulicher Anlagen in Gestalt der maximalen Traufhöhe (Schnittpunkt der senkrechten, traufseitigen Außenwand mit der Dachhaut) fest, so gilt als Geschosszahl das festgesetzte Höchstmaß der Höhe der baulichen Anlage geteilt durch

1. [2,7] für die im Bebauungsplan als Kleinsiedlungsgebiete (WS), reine Wohngebiete (WR), allgemeine Wohngebiete (WA), Ferienausgebiete, Wochenendhausgebiete und besondere Wohngebiete (WB) festgesetzten Gebiete und

2. [3,5] für die im Bebauungsplan als Dorfgebiete (MD), Mischgebiete (MI), Kerngebiete (MK), Gewerbegebiete (GE), Industriegebiete (GI) und sonstige Sondergebiete (SO) festgesetzten Gebiete;

das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

1. Ist im Einzelfall eine größere als die im Bebauungsplan festgesetzte Höhe baulicher Anlagen genehmigt, so ist diese gemäß Abs. 1 oder 2 in eine Geschosszahl umzurechnen.

2. Weist der Bebauungsplan statt der Zahl der Vollgeschosse oder einer Baumassenzahl sowohl die zulässige Firsthöhe als auch die zulässige Traufhöhe der baulichen Anlage aus, so ist die Traufhöhe [alternativ: Firsthöhe] gemäß Abs. 2 [alternativ: Abs. 1] und 3 in eine Geschosszahl umzurechnen.

§ 33

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die keine Planfestsetzung i.S. der §§ 32 a bis 32 b besteht

(1) Bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten bzw. in beplanten Gebieten, für die der Bebauungsplan keine Festsetzungen nach § 32 enthält, ist maßgebend:

1. bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse,
2. bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken in der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Geschosse.

(2) Bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) ist maßgebend:

1. bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse;
2. bei unbebauten Grundstücken, für die ein Bauvorhaben genehmigt ist, die Zahl der genehmigten Geschosse.

(3) Als Geschosse gelten Vollgeschosse i. S. der LBO in der im Entstehungszeitpunkt (§ 37) geltenden Fassung. Sind auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen mit unterschiedlicher Geschosszahl vorhanden, ist die höchste Zahl der Vollgeschosse maßgebend.

(4) Bei Grundstücken mit Gebäuden ohne ein Vollgeschoss i. S. der LBO gilt als Geschosszahl die Baumasse des Bauwerks geteilt durch die überbaute Grundstücksfläche und nochmals geteilt durch [3,5], mindestens jedoch die nach Abs. 1 maßgebende Geschosszahl; das Ergebnis wird auf eine volle Zahl gerundet, wobei Nachkommastellen ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet und Nachkommastellen, die kleiner als 0,5 sind, auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet werden.

§ 34

Weitere Beitragspflicht

(1) Von Grundstückseigentümern, für deren Grundstück eine Beitragsschuld bereits entstanden ist oder deren Grundstücke beitragsfrei angeschlossen worden sind, werden weitere Beiträge erhoben,

1. soweit die bis zum Inkrafttreten dieser Satzung zulässige Zahl bzw. genehmigte höhere Zahl der Vollgeschosse überschritten oder eine größere Zahl von Vollgeschossen allgemein zugelassen wird;
2. soweit in den Fällen des § 33 Abs. 2 Nr. 1 und 2 eine höhere Zahl der Vollgeschosse zugelassen wird;
3. wenn das Grundstück mit Grundstücksflächen vereinigt wird, für die eine Beitragsschuld bisher nicht entstanden ist;
4. soweit Grundstücke unter Einbeziehung von Teilflächen, für die eine Beitragsschuld bereits entstanden ist, neu gebildet werden.

(2) Wenn bei der Veranlagung von Grundstücken Teilflächen gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG unberücksichtigt geblieben sind, entsteht eine weitere Beitragspflicht, soweit die Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung entfallen.

§ 35

Beitragsatz

Der Wasserversorgungsbeitrag beträgt je Quadratmeter (m²) Nutzungsfläche (§ 28)

4,34 € zuzüglich 7 % Umsatzsteuer.

§ 36

Entstehung der Beitragsschuld

(1) Die Beitragsschuld entsteht:

1. In den Fällen des § 26 Abs. 1, sobald das Grundstück an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen werden kann.
2. In den Fällen des § 26 Abs. 2 mit dem Anschluss, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung.
3. In den Fällen des § 34 Abs. 1 Nr. 1 und 2 mit der Erteilung der Baugenehmigung bzw. dem Inkrafttreten des Bebauungsplans oder einer Satzung i. S. von § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB.
4. In den Fällen des § 34 Abs. 1 Nr. 3, wenn die Vergrößerung des Grundstücks im Grundbuch eingetragen ist.
5. In den Fällen des § 34 Abs. 1 Nr. 4, wenn das neugebildete Grundstück im Grundbuch eingetragen ist.
6. In den Fällen des § 34 Abs. 2 mit dem Wegfall der Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG, insbesondere mit dem Inkrafttreten eines Bebauungsplanes oder einer Satzung gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 BauGB, der Bebauung, der gewerblichen Nutzung oder des tatsächlichen Anschlusses von abgegrenzten Teilflächen, jedoch frühestens mit der Anzeige einer Nutzungsänderung gemäß § 49 Abs. 3.

(2) Für Grundstücke, die schon vor dem 1.4.1964 an die öffentliche Wasserversorgung hätten angeschlossen werden können, jedoch noch nicht angeschlossen worden sind, entsteht die Beitragsschuld mit dem tatsächlichen Anschluss, frühestens mit dessen Genehmigung.

(3) Mittelbare Anschlüsse (z. B. über bestehende Hausanschlüsse) stehen dem unmittelbaren Anschluss an öffentliche Wasserversorgungsanlagen gleich.

§ 37

Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Zustellung des Beitragsbescheids fällig.

§ 38

Ablösung

(1) Die Gemeinde kann, solange die Beitragsschuld noch nicht entstanden ist, mit dem Beitragsschuldner die Ablösung des Wasserversorgungsbeitrages vereinbaren.

(2) Der Betrag einer Ablösung bestimmt sich nach der Höhe der voraussichtlich entstehenden Beitragsschuld; die Ermittlung erfolgt nach den Bestimmungen dieser Satzung.

(3) Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

IV. Benutzungsgebühren

§ 39

Erhebungsgrundsatz

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen Grund- und Verbrauchsgebühren.

§ 40

Gebührensschuldner

(1) Schuldner der Benutzungsgebühren ist der Anschlussnehmer. Beim Wechsel des Gebührensschuldners geht die Gebührenpflicht mit dem Tag nach der Übergabe des jeweiligen Grundstücks, spätestens nach dem Tag der Anzeige, auf den neuen Gebührensschuldner über.

(2) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 41

Grundgebühr

(1) Die Grundgebühr wird gestaffelt nach der Zählergröße erhoben.

Sie beträgt bei Wasserzählern mit einer Nennggröße von:

Nennggröße (m³/h)	QN 2,5 / Q3 4	QN 6 / Q3 10	QN 10 / Q3 16	QN 15 / Q3 25	QN 40 / Q3 100
Monatliche Grundgebühr	3,00 €	4,50 €	6,00 €	7,50 €	9,00 €

Bei Bauwasserzählern oder sonstigen beweglichen Wasserzählern entfällt die Grundgebühr.

Bei Gartenzählern beträgt die monatliche Grundgebühr 5,00 €.

(2) Bei der Berechnung der Grundgebühr wird der Monat, in dem der Wasserzähler erstmals eingebaut oder endgültig ausgebaut wird, je als voller Monat gerechnet. Bei Wechsel des Anschlussnehmers (§ 40 Abs. 1) erfolgt die Berechnung der vollen monatlichen Grundgebühr bei Übergabe bis zum 15. des Monats beim neuen Gebührensschuldner und ab dem 16. des Monats noch beim bisherigen Gebührensschuldner.

(3) Wird die Wasserversorgung wegen Wassermangels, Störungen im Betrieb, betriebsnotwendiger Arbeiten oder aus ähnlichen, nicht vom Anschlussnehmer zu vertretenden Gründen länger als einen Monat unterbrochen, so wird für die Zeit der Unterbrechung (abgerundet auf volle Monate) keine Grundgebühr berechnet.

§ 42

Verbrauchsgebühren

1. Die Verbrauchsgebühr wird nach der gemessenen Wassermenge (§ 43) berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt pro Kubikmeter 3,57 € zuzüglich 7 % Umsatzsteuer.

2. Die Verbrauchsgebühr gemäß § 42 Absatz 1 gilt auch für Bauwasserzähler und sonstige bewegliche Wasserzähler.

§ 43

Gemessene Wassermenge

(1) Die nach § 21 gemessene Wassermenge gilt auch dann als Gebührenbemessungsgrundlage, wenn sie ungenutzt (etwa durch schadhafte Rohre, offenstehende Zapfstellen oder Rohrbrüche hinter dem Wasserzähler) verlorengegangen ist.

(2) Ergibt sich bei einer Zählerprüfung, dass der Wasserzähler über die nach der Eichordnung zulässigen Verkehrsfehlergrenzen hinaus falsch anzeigt, oder ist der Zähler stehengeblieben, so schätzt die Gemeinde den Wasserverbrauch gemäß § 162 Abgabenordnung.

§ 44

Verbrauchsgebühr bei Bauten

(1) Wird bei der Herstellung von Bauwerken das verwendete Wasser nicht durch einen Wasserzähler festgestellt, wird eine pauschale Verbrauchsgebühr erhoben.

(2) Bemessungsgrundlage für die Gebühr ist folgender pauschaler Wasserverbrauch:

1. Bei Neu-, Um- oder Erweiterungsbauten von Gebäuden werden je 100 Kubikmeter umbautem Raum 6 Kubikmeter als pauschaler Wasserverbrauch zugrunde gelegt; Gebäude mit weniger als 100 Kubikmeter umbautem Raum bleiben gebührenfrei. Bei Fertigbauweise werden der Ermittlung des umbauten Raumes nur die Keller- und Untergeschosse zugrunde gelegt.

2. Bei Beton- und Backsteinbauten, die nicht unter Nr. 1 fallen, werden je angefangene 10 Kubikmeter Beton- oder Mauerwerk 4 Kubikmeter als pauschaler Wasserverbrauch zugrunde gelegt; Bauwerke mit weniger als 10 Kubikmeter Beton- oder Mauerwerk bleiben gebührenfrei.

§ 45

Entstehung der Gebührenschuld

(1) In den Fällen der §§ 41 und 42 Abs. 1 entsteht die Gebührenschuld für ein Kalenderjahr mit Ablauf des Kalenderjahres (Veranlagungszeitraum). Endet ein Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Veranlagungszeitraums, entsteht die Gebührenschuld mit Ende des Benutzungsverhältnisses.

(2) In den Fällen des § 40 Abs. 1 Satz 2 entsteht die Gebührenschuld für den bisherigen Anschlussnehmer mit dem Tag nach der Übergabe des Grundstücks, jedoch frühestens mit der Anzeige an die Stadtwerke; für den neuen Anschlussnehmer mit Ablauf des Kalenderjahres.

(3) In den Fällen des § 44 entsteht die Gebührenschuld mit Beginn der Bauarbeiten. In den Fällen des § 42 Abs. 2 entsteht die Gebührenschuld mit der Beendigung der Baumaßnahme, spätestens mit Einbau einer Messeinrichtung nach § 21.

(4) Die Gebührenschuld gemäß § 42 und § 43 sowie die Vorauszahlung gemäß § 47 ruhen auf dem Grundstück bzw. dem Erbbaurecht als öffentliche Last (§ 13 Abs. 3 i. V. mit § 27 KAG).

§ 46

Vorauszahlungen

(1) Solange die Gebührenschuld noch nicht entstanden ist, sind vom Gebührensschuldner Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlungen entstehen mit Beginn des Kalendervierteljahres. Beginnt die Gebührenpflicht während des Veranlagungszeitraumes, entstehen die Vorauszahlungen mit Beginn des folgenden Kalendervierteljahres.

(2) Jeder Vorauszahlung wird ein Viertel des Jahreswasserverbrauchs des Vorjahres und der Grundgebühr (§ 42) zugrunde gelegt. Beim erstmaligen Beginn der Gebührenpflicht werden die Vorauszahlungen auf der Grundlage der Grundgebühr, des Verbrauchsgebührensatzes und des geschätzten Jahreswasserverbrauchs des laufenden Jahres ermittelt.

(3) Die für den Veranlagungszeitraum entrichteten Vorauszahlungen werden auf die Gebührenschuld für diesen Zeitraum angerechnet.

(4) In den Fällen des § 42 Abs. 2 sowie des § 44 entfällt die Pflicht zur Vorauszahlung.

(5) Auf die Erhebung der Vorauszahlung für das vierte Kalendervierteljahr wird verzichtet.

§ 47

Fälligkeit

(1) Die Benutzungsgebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Sind Vorauszahlungen (§ 46) geleistet worden, gilt dies nur, soweit die Gebührenschuld die geleisteten Vorauszahlungen übersteigt. Ist die Gebührenschuld kleiner als die geleisteten Vorauszahlungen, wird der Unterschiedsbetrag nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides durch Aufrechnung oder Zurückzahlung ausgeglichen.

(2) Die Vorauszahlungen gem. § 46 werden mit Ende des Kalendervierteljahres zur Zahlung fällig.

V. Anzeigepflichten, Ordnungswidrigkeiten, Haftung

§ 48

Anzeigepflichten

(1) Binnen eines Monats sind der Gemeinde anzuzeigen

1. der Erwerb oder die Veräußerung eines an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossenen Grundstücks; entsprechendes gilt beim Erbbaurecht sowie beim Wohnungs- und Teileigentum;

2. Erweiterungen oder Änderungen der Verbrauchsanlage sowie die Verwendung zusätzlicher Verbrauchseinrichtungen, soweit sich dadurch die Größen für die Gebührenbemessung ändern oder sich die vorzuhaltende Leistung wesentlich erhöht.

(2) Anzeigepflichtig nach Abs. 1 Nr. 1 sind Veräußerer und Erwerber, nach Abs. 1 Nr. 2 der Anschlussnehmer.

(3) Binnen eines Monats hat der Anschlussnehmer der Gemeinde mitzuteilen, wenn die Voraussetzungen für Teilflächenabgrenzungen gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG entfallen sind, insbesondere abgegrenzte Teilflächen gewerblich oder als Hausgarten genutzt, tatsächlich an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen oder auf ihnen genehmigungsfreie bauliche Anlagen errichtet werden.

(4) Wird die rechtzeitige Anzeige schuldhaft versäumt, so haftet im Falle des Abs. 1 Nr. 1 der bisherige Gebührenschuldner für die Benutzungsgebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Anzeige bei der Gemeinde entfallen.

§ 49

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 ein Grundstück nicht an die öffentliche Wasserversorgung anschließt,

2. entgegen § 5 nicht seinen gesamten Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung entnimmt,

3. entgegen § 8 Abs. 1 Wasser an Dritte ohne schriftliche Zustimmung der Gemeinde weiterleitet,

4. entgegen § 14 Abs. 5 Beschädigungen des Hausanschlusses nicht unverzüglich der Gemeinde mitteilt,

5. entgegen § 17 Abs. 2 Anlagen unter Missachtung der Vorschriften der Satzung, anderer gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, ändert oder unterhält,

6. entgegen § 17 Abs. 4 Materialien und Geräte verwendet, die nicht entsprechend den anerkannten Regeln der Technik beschaffen sind,

7. entgegen § 17 Abs. 5 Anlagen und Verbrauchseinrichtungen so betreibt, dass Störungen anderer Anschlussnehmer, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen der Gemeinde bzw. Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers eintreten.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig den Mitteilungspflichten nach § 21 Abs. 3 Satz 2 und § 48 Abs. 1 und 2 dieser Satzung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.

§ 50

Haftung bei Versorgungsstörungen

(1) Für Schäden, die ein Wasserabnehmer durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung erleidet, haftet die Gemeinde aus dem Benutzungsverhältnis oder unerlaubter Handlung im Falle

1. der Tötung oder Verletzung des Körpers oder der Gesundheit des Wasserabnehmers, es sei denn, dass der Schaden von der Gemeinde oder einem ihrer Bediensteten oder einem Verrichtungsgehilfen weder vorsätzlich noch fahrlässig verursacht worden ist,

2. der Beschädigung einer Sache, es sei denn, dass der Schaden weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit der Gemeinde oder eines ihrer Bediensteten oder eines Verrichtungsgehilfen verursacht worden ist,

3. eines Vermögensschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit eines vertretungsberechtigten Organs der Gemeinde verursacht worden ist. § 831 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nur bei vorsätzlichem Handeln von Verrichtungsgehilfen anzuwenden.

(2) Abs. 1 ist auch auf Ansprüche von Wasserabnehmern anzuwenden, die diese gegen ein drittes Wasserversorgungsunternehmen aus unerlaubter Handlung geltend machen. Die Gemeinde ist verpflichtet, den Wasserabnehmern auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch ein drittes Unternehmen zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihr bekannt sind oder von ihr in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und ihre Kenntnis zur Geltendmachung des Schadensersatzes erforderlich ist.

(3) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter 15,00 €.

(4) Ist der Anschlussnehmer berechtigt, das gelieferte Wasser an einen Dritten weiterzuleiten (§ 8 Abs. 1), und erleidet dieser durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung einen Schaden, so haftet die Gemeinde dem Dritten gegenüber in demselben Umfang wie dem Wasserabnehmer aus dem Benutzungsverhältnis.

(5) Leitet der Anschlussnehmer das gelieferte Wasser an einen Dritten weiter, so hat er im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sicherzustellen, dass der Dritte aus unerlaubter Handlung keine weitergehenden Schadensersatzansprüche erheben kann, als sie in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehen sind. Die Gemeinde weist den Anschlussnehmer darauf bei Begründung des Benutzungsverhältnisses besonders hin.

(6) Der Wasserabnehmer hat den Schaden unverzüglich der Gemeinde oder, wenn dieses feststeht, dem ersatzpflichtigen Unternehmen mitzuteilen. Leitet der Anschlussnehmer das gelieferte Wasser an einen Dritten weiter, so hat er diese Verpflichtung auch dem Dritten aufzuerlegen.

§ 51

Verjährung von Schadensersatzansprüchen

(1) Schadensersatzansprüche der in § 50 bezeichneten Art verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Ersatzberechtigte von dem Schaden, von den Umständen, aus denen sich seine Anspruchsberechtigung ergibt, und von dem Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in fünf Jahren von dem schädigenden Ereignis an.

(2) Schweben zwischen dem Ersatzpflichtigen und dem Ersatzberechtigten Verhandlungen über den zu leistenden Schadensersatz, so ist die Verjährung gehemmt, bis der eine oder andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert.

(3) § 50 Abs. 5 gilt entsprechend.

§ 52

Haftung von Wasserabnehmern und Anschlussnehmern

(1) Der Wasserabnehmer haftet für schuldhaft verursachte Schäden, die insbesondere infolge einer unsachgemäßen Benutzung oder den Bestimmungen dieser Satzung zuwiderlaufenden Benutzung oder Bedienung der Anlagen zur Wasserversorgung entstehen. Der Anschlussnehmer haftet für Schäden, die auf den mangelhaften Zustand seiner Anlage (§ 17) zurückzuführen sind.

(2) Der Haftende hat die Gemeinde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Sind Ansprüche auf Mängel an mehreren Verbrauchsanlagen zurückzuführen, so haften die Wasserabnehmer als Gesamtschuldner.

VI. Steuern, Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 53

Umsatzsteuer

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 54

Inkrafttreten

(1) Soweit Abgabeansprüche nach dem bisherigen Satzungsrecht bereits entstanden sind, gelten anstelle dieser Satzung die Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabeschuld gegolten haben.

(2) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wasserversorgungssatzung vom 07. Dezember 1998 mit allen späteren Änderungen außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Ebhausen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ebhausen, den 12. Dezember 2023

Schuler
Bürgermeister



VERLAGSTIPPS:

Bei PDF-Dateien müssen alle Schriften eingebettet sein.

WEITERE BEKANNTMACHUNGEN

Aus dem Rathaus



Rathaus ist von 27.12. - 29.12.2023 geschlossen

Das Rathaus ist in der Woche vom 27.12. bis 29.12.2023 geschlossen. In standesamtlichen Notfällen wenden Sie sich bitte an Standesamt@ebhausen.de.

Ab Dienstag, den 02. Januar 2024 sind wir wieder zu den gewohnten Zeiten für Sie da.

Für technische Defekte, wie Rohrbrüche im Trinkwasser und Abwasserbereich, wenden Sie sich bitte an 07458/9857266.

Weihnachtspause für das Mitteilungsblatt

In den Kalenderwochen 52/2023 und 01/2024 erscheint kein Mitteilungsblatt. Die nächste Ausgabe erscheint in Kalenderwoche 02/2024 am 10.01.2024.

Zählerstände der Wasseruhren ablesen und übermitteln!!!

Die Anschreiben mit der angehängten Abrisskarte für die Selbstablesung der Wasseruhren wurden in den letzten Tagen zugestellt.

Für die Erstellung der Jahresabschlussrechnung benötigen wir wieder den Zählerstand Ihrer Wasseruhr.

Im Anschreiben bieten wir Ihnen verschiedene Möglichkeiten, wie Sie uns den Zählerstand mitteilen können.

Möchten Sie künftig gerne per E-Mail zur Zählerablesung aufgefordert werden, tragen Sie bitte Ihre aktuelle E-Mail-Adresse in das dafür vorgesehene Feld der Ablesekarte ein. Das hat neben der Portoeinsparung den Effekt, geringere Papiermengen zu produzieren und schont die Umwelt.

Sehr gerne können Sie den Zählerstand über den Link <https://www.ablesen.de/ebhausen/> an uns übermitteln. Hierfür müssen Sie lediglich Ihr Buchungszeichen und die Zählernummer angeben.

Ihre Daten werden selbstverständlich verschlüsselt übertragen und nur zum Zwecke der Zählerablesung verwendet.

Informationen zu unserer aktuellen Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://www.ablesen.de/ebhausen/datenschutz>.

Die Zählerstände sollten uns **bis spätestens 31.12.2023** vorliegen, ansonsten wird der Verbrauch geschätzt.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Seibold unter der Telefonnummer: 07458 9981-23 oder per E-Mail: seibold@ebhausen.de.

Ihre Gemeindeverwaltung Ebhausen



Wasserzähler 2021

Foto: Gemeinde Ebhausen

Weihnachtsfackeln

Das traditionelle Weihnachtsfackeln wird in diesem Jahr wieder am 24.12. um 18:00 Uhr am Stuhlberg in Ebhausen und um 18:30 Uhr am Sportplatz in Ebershardt entzündet. Die Bevölkerung ist dazu herzlich eingeladen.



Wir bitten um Beachtung!

Hinweise zu Silvester

Traditionell wird an Silvester das neue Jahr mit Raketen und Böllern eingeleitet. Dazu einige Hinweise:

- Es ist nicht zulässig, schon mehrere Tage vor Silvester Knallkörper und Raketen zu zünden. Wir bitten auch die Eltern, ihre Kinder eindringlich darauf hinzuweisen.

- Es ist auch in der Zeit vom 31. Dezember bis 01. Januar nicht zulässig, pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 mit ausschließlicher Knallwirkung (also Silvesterfeuerwerk wie z. B. die sogenannten „Chinaböller“) abzubrennen

- Seien Sie vorsichtig beim Zünden von Feuerwerkskörpern, da es alljährlich zu teilweise schweren Unfällen kommt. Das Führen von Signalfeuerwaffen ist auch an Silvester außerhalb des eigenen Grundstücks untersagt.

Nicht vergessen: Jeder sollte die Überreste seines Feuerwerks am Neujahrstag aufräumen. Vor allem im Außenbereich und der freien Natur sind Reste von Silvesterfeuerwerken (Flaschen, Plastikfolien, Plastikteile der Raketen und Böllerreste etc.) nicht nur eine Landschaftverschmutzung, sondern auch eine Gefahr für die Tierwelt. Deshalb sollte jeder seine Reste des Silvesterfeuerwerks auf der Straße, den Wiesen und Feldern baldmöglichst ordnungsgemäß beseitigen/entsorgen. Vielen Dank.

Wir wünschen Ihnen schon heute einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Gemeinderatsitzung Ebhausen - Verleihung Anerkennungsmedaille



Bei der letzten Gemeinderatssitzung im Jahr wird in Ebhausen traditionell die Anerkennungsmedaille der Gemeinde Ebhausen verliehen.

Für die Verleihung der Medaille bestehen hohe Hürden: So ist eine ehrenamtliche Tätigkeit von mindestens 20 Jahren die Voraussetzung.

Auch dieses Jahr konnten drei Personen ausgezeichnet werden. Bürgermeister Schuler bedankte sich ganz herzlich bei Otto Frey, Stefan Bertsch und Albrecht Klinnert (v. l.) von der Schützengilde Ebershardt für ihr jahrzehntelanges Wirken zum Wohle der Allgemeinheit und würdigte deren Verdienste. Er findet es beeindruckend, mit welcher Konstanz und Engagement sich Menschen ehrenamtlich einbringen.

Otto Frey, Stefan Bertsch und Albrecht Klinnert sind ein Musterbeispiel dafür. Neben der Medaille gab es auch ein Geschenk der Gemeinde.

Mediathek

„Alles Liebe zu Weihnachten und andere Geschichten“ von Paige Toon

An Weihnachten kann viel passieren, manchmal sogar ein kleines Wunder: Auf Alice wartet ein ganz besonderes Geschenk, und für Lily geht ein Traum in Erfüllung. Am anderen Ende der Welt gibt es für Rose ein Wiedersehen mit der Liebe, und Daisy kann endlich loslassen, um neu anzufangen.

Die Mediathek macht vom 23.12.23 – 07.01.24 Weihnachtsferien!

Nutzen Sie in dieser Zeit doch unser E-Medienangebot. Sollten Sie noch Fragen zu diesem Angebot haben, dürfen Sie uns gerne ansprechen. Weitere Informationen finden Sie unter: www.onleihe.de/ebib

Wir wünschen allen eine frohe und gesegnete Weihnachtszeit und freuen uns, Sie im neuen Jahr wieder in der Mediathek begrüßen zu dürfen!

Bitte beachten: Der Eingang zur Mediathek ist während der Umbaumaßnahmen nicht erreichbar. Deshalb nutzen wir den unteren Haupteingang der Schule. Außerhalb der Schulöffnungszeiten bitten wir die extra angebrachte Klingel zu benutzen. Bitte haben Sie etwas Geduld, wir holen Sie an der Türe ab.

Achtung geänderte Öffnungszeiten der Mediathek:

Montag: 14:30 – 17:00 Uhr (geänderte Zeiten während der Umbauphase)

Mittwoch: 17:00 – 19:00 Uhr

Freitag: 9:00 – 11:30 Uhr

Ihre Mediathek

Im Notfall dienstbereit

Ärztlicher Notfalldienst (Allgemein-, Kinder-, Augen- und HNO-ärztlichen Notfalldienst) an den Wochenenden und Feiertagen und außerhalb der Sprechstundenzeiten:

Kostenfreie Rufnummer 116117

Gerne können Sie jederzeit selbst die aktuellen Informationen zu unseren Notfallpraxen auf unserer Homepage einsehen: <https://www.kvbawue.de/patienten/praxisuche/notfallpraxis-finden>

Zahnärztlicher Notfalldienst

Den zahnärztlichen Notfalldienst erreichen Sie unter der Tel. 01801 / 116 116 (0,039 €/min). Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.kzvbw.de/patienten/zahnarzt-notdienst/>. Hier erhalten Sie Auskunft, welche Zahnarztpraxen in Ihrer unmittelbaren Umgebung Notdienst haben.

Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr: docdirekt - Kostenfreie Online-sprechstunde von niedergelassenen Haus- und Kinderärzten, nur für gesetzlich Versicherte unter **0711 – 96589700 oder docdirekt.de**

Anforderung eines Krankentransportes

Im Kreis Calw: **07051 19222**

Apotheken

Apothekennotdienstbereitschaft

Unter folgender kostenfreier Rufnummer können Sie zuverlässig und tagesaktuell erfahren, welche Apotheke Notdienstbereitschaft hat:

0800 / 00 22 833 (24 Stunden erreichbar)

www.aponet.de

Fundsachen

- Geldschein

Das Fundbüro finden Sie im Einwohnermeldeamt, Zi. 0 10.

Zu erreichen unter Tel. 07458 998117 oder einwohnermeldeamt@ebhausen.de

Müll

Restabfall

Restmüll

In allen vier Ortsteilen am **Dienstag, den 02. Januar 2024.**

Bioabfall

In allen vier Ortsteilen am **Mittwoch, dem 3. Januar 2024.**

Papier

In allen vier Ortsteilen am **Dienstag, 02. Januar 2024.**

Gelber Sack/gelbe Tonne

In den Ortsteilen Ebershardt, Rotfelden und Wenden am **Samstag, 23. Dezember 2023.**

Bitte stellen Sie die Tonnen/Säcke erst am Vorabend auf den Gehweg und so, dass die Sicht nicht beeinträchtigt ist und die Gehwegbreite uneingeschränkt benutzbar bleibt. Vielen Dank.

Das Landratsamt Calw informiert

Verteilung der Abfallkalender bis Jahresende

Die Abfallkalender 2024 für den gesamten Landkreis Calw werden voraussichtlich bis zum Jahresende an alle Haushalte und Gewerbebetriebe verteilt. Wer im neuen Jahr noch ein Exemplar benötigt, kann bei den Bürgermeisterämtern eines abholen. Alternativ können Abfallkalender nach der Verteilung auch bei der Abfallberatung angefordert werden. Sie werden daraufhin umgehend zugesandt. Alle Kalendarien mit allen Abfuhrterminen des kommenden Jahres können aktuell auch schon auf der Website unter www.awg-info.de abgerufen werden. Nutzerinnen und Nutzer der AbfallinfoCW-App brauchen sich sowieso keine Sorgen um verpasste Abfuhrtermine zu machen: Sie werden auch 2024 automatisch an ihre Termine erinnert. Wieder im Abfallkalender sind in der Mitte vier Infoseiten, auf denen beispielsweise die AbfallinfoCW-App für Smartphones mit all ihren Möglichkeiten genauer vorgestellt wird. Bei Fragen zur Verteilung der Abfallkalender gibt die Abfallberatung unter der kostenlosen Servicenummer 0800 30 30 839 oder der E-Mail-Adresse abfallberatung@awg-info.de gerne Auskunft. Allgemeine Informationen rund um das Thema Abfall können auch im Internet über www.awg-info.de eingeholt werden.



Hinweis zu den Öffnungszeiten des Landratsamtes Calw

Das Landratsamt Calw und seine Außenstellen in Bad Wildbad-Calmbach und Nagold sind am 22.12.2023 ab 10:30 Uhr geschlossen.

Vom 27. bis 29.12.2023 sowie vom 02. bis 05.01.2024 gelten für das Landratsamt Calw die gewohnten Sprechzeiten. Die Außenstellen in Bad Wildbad-Calmbach und Nagold sind vom 27. bis 29.12.2023 geschlossen. Ab dem 02.01.2024 gelten auch hier wieder die gewohnten Öffnungszeiten.

KINDERGÄRTEN / SCHULEN

Ev. Kindergarten Sonnenstrahl



Ein Ton, ein Klang, ein Lied, MUSIK und alle machen mit!

So hieß das Projekt, welches wir im Ev. Kindergarten Sonnenstrahl seit November, in Kooperation mit der Musikschule Nagold, gestartet haben. Frau Hermann kam einmal die Woche zu uns in den Kindergarten und hat mit den Kindern auf sehr vielseitige und lebendige Weise musikalische Einheiten gestaltet.

Es wurden verschiedene Instrumente erlebbar gemacht, das Akkordeon kann atmen, die Gitarre hat fünf Saiten und die Flöte muss zwischendurch geputzt werden. Die Kinder konnten lauschen, welche unterschiedliche Klänge die Instrumente erzeugen und jedes Kind hatte sein eigenes Lieblingsinstrument.

Es wurde auch viel gesungen und dabei das Instrument Stimme und Körper erlebt. Welche Rhythmen kann ich denn erzeugen und wie ist es, wenn wir als Gruppe einen gemeinsamen Rhythmus finden? Die Kinder freuten sich jedes Mal schon, wenn sie Frau Hermann durchs Fenster kommen sahen. Alle hatten so viel Freude am gemeinsamen Entdecken von Musik und wir erlebten, dass Musik verbindet über alle Unterschiede hinweg. Alle konnten direkt mitmachen, egal aus welchem Land sie kommen, welche Sprache sie sprechen, wie alt sie sind, die Musik überwindet all diese Grenzen mit Leichtigkeit.

Musik, Rhythmus und gemeinsames Singen sind von hohem Wert für die Sprachentwicklung eines jeden Kindes, daher findet auch die regelmäßige Sprachförderung in unserem Kindergarten in der Kooperation mit der Musikschule Nagold statt. Im Rahmen des staatlich geförderten Programms SBS „Singen, Bewegen, Sprechen“ lernen Kinder spielerisch und ganz natürlich die deutsche Sprache und werden bei Sprachentwicklungsschwierigkeiten zusätzlich unterstützt. Wir sind sehr dankbar für die gute Zusammenarbeit mit der Musikschule Nagold und auch für die Möglichkeit für dieses schöne Projekt.

Die Finanzierung lief über den Etat, der uns im Rahmen von BUBE (Bildung und Betreuung) Ebhausen, von der Kommune zur Verfügung gestellt wird, dafür vielen Dank.



Foto: Ev. Kiga Sonnenstrahl

Der größte Dank gilt Frau Hermann, die das so wunderschön mit unseren Kindern gemacht hat, das war sicher nicht das letzte Projekt in dieser Art.

Lindenrain-Schule Gemeinschaftsschule Ebhausen



„Von drauß‘ vom Walde komm ich her!“ - Nikolaus besucht die Grundschulklassen



Am 6. Dezember besuchte der Nikolaus jede Klasse der Grundschule und es gab ein kleines Schokolädchen und Äpfel für jedes Kind. Er wusste einiges über die Klassen und konnte sie für besonderes Verhalten loben, aber auch auf Schwierigkeiten und Herausforderungen hinweisen.

Die Kinder bedankten sich beim Nikolaus, dass er den Weg in die Lindenrain-Schule gefunden hatte und freuten sich sehr über den gelungenen und auch sehnlichst erhofften Überraschungsbesuch.

„Tragt in die Welt nun ein Licht“ - 1. Klassen besuchen Pflegestift Ebhausen

Bereits zu Beginn der Adventszeit waren die Klassen 1a und 1b im Pflegestift in Ebhausen zu Besuch. Dieser stand unter dem Motto „Licht sein, Licht weitergeben, weil Jesus unser größtes Licht ist“. Passend dazu wurden im Vorfeld fleißig Advents- und Weihnachtslieder in SiTaMu (Singen-Tanzen-Musizieren) geübt.



Fotos: M. Wolfer

Unter der Leitung von Frau Eppler-Meißner starteten die Erstklässler bei diesem Kooperationsprojekt mit der städtischen Musikschule Nagold zweimal die Woche mit Musik in den Tag, Singen, Tanzen und Musizieren mit Instrumenten. Von altbekannten Liedern „Ihr Kinderlein kommet“, „Seht die gute Zeit ist nah“ und „Tragt in die Welt nun ein Licht“ bis zu modernen Liedern „Frieden mit Gott“ und „Jesus ist geboren“ konnten so einige Lieder vorgetragen werden. Musikalisch begleitet wurde die Klasse zudem durch einen Schüler der Gitarren-AG. Auch Geschenke an die Bewohner hatten die Kinder bereits die Woche zuvor in Form von goldenen und roten Sternen als Geschenk für die Heimbewohner gebastelt. Die Freude über die Musik und die Sterne war sehr groß und auch die Kinder waren nach dem gemeinsamen Singen sehr glücklich. „Da merkt man, dass Schenken und Weitergeben so viel mit dem eigenen Herz macht“, merkt die Klassenlehrerin Melanie Wolfer an.

Ein Gruß zur Weihnacht und dem neuen Jahr

Liebe Leserinnen und Leser, das Weihnachtsfest erinnert uns an die Friedensbotschaft. Gerade erleben wir jedoch eine Zeit, die uns mit dem genauen Gegenteil konfrontiert. Kinder und Jugendliche verunsichert dies. Frieden zeigt sich im täglichen zivilisierten Miteinander und unsere Schule soll ein Ort sein, an dem dieser Friede gelebt wird. Unseren Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass uns nur respektvolles und freundliches Miteinander weiterbringt, ist eine schwierige, aber wichtige Aufgabe unserer Schule.

Ein langes und ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Es war geprägt von vielen Unterrichtsstunden, aber auch Projekten, wie Fit-For-Future in der Grundschule oder dem Präventionsprogramm Mobbing & Du der Sekundarstufe, Schullandheimen, aber auch Ausflügen und Lerngängen, Aktionen wie dem Schulradeln.

Bedanken möchten wir uns für die zahlreichen Begegnungen und die gute Zusammenarbeit, die unsere Arbeit in der Schule unterstützt, wie zum Beispiel am Azubi- und Studientag oder das zahlreiche Erscheinen beim After-Work Glühwein vergangene Woche, um sich schon für Projekte des neuen Jahres einzusetzen.

Am Donnerstag, den 21.12.2023 endet die Schule nun für das Jahr 2023 um 11.00 Uhr. Ab Montag, den 8. Januar 2024 läuft der Unterricht wieder nach Plan.

Das Lehrerkollegium und die Schulleitung wünschen Ihnen erholsame Feiertage im Kreise Ihrer Familien und ein gutes, gesundes neues Jahr 2024!

Volkshochschule Volkshochschule Oberes Nagoldtal

Neue und interessante Kurse und Vorträge der VHS Oberes Nagoldtal finden Sie auch unter www.vhson.de.

Anregungen und Wünsche für Ebhausen richten Sie gerne an ebhausen@vhson.de.

Rücken Aktiv - Rückenkräftigung (ZPP zertifiziert)

Den Rücken stark machen mit gezielten Kräftigungs- und Mobilisationsübungen. Beweglichkeit, Koordinations- und Entspannungsfähigkeit werden gesteigert.

Durch gezielte Übungen der Bauch-, Gesäß- und Rückenmuskulatur wird eine gute Körperhaltung trainiert. Dabei steht auch Ihre individuelle Situation im Mittelpunkt.

Sie lernen viele nützliche Übungen kennen, die Ihnen dabei helfen, Ihren Rücken zu Hause und am Arbeitsplatz zu entlasten. Der Kurs ist für alle Altersgruppen geeignet, auch für Menschen, die leichte Verschleißerscheinungen, Osteoporose oder Arthrose haben.

Bitte mitbringen: bequeme Kleidung, Turnschuhe, Handtuch, Matte

- 2323021311 **Gemeindehalle Ebhausen**, Michaela Schaible
Di., 09.01.2024, 16:30-17:30 Uhr, 8 Nachmittage, 33,50 EUR
- 2323021309 **Gemeindehalle Ebhausen**, Michaela Schaible
Di., 09.01.2024, 17:30-18:30 Uhr, 8 Abende, 33,50 EUR
- 2323021313 **Gemeindehalle Rotfelden**, Michaela Schaible
Di., 09.01.2024, 19:30-20:30 Uhr, 8 Abende, 42,00 EUR (ab 8 TN)
- 2323021306, **Bürgerraum Ebhausen-Ebershardt**, Michaela Schaible
Fr., 12.01.2024, 9:00-10:00 Uhr, 8 Vormittage, 56,00 EUR (ab 6 TN)

Hatha-Yoga (ZPP zertifiziert)

YOGA ist einer der ältesten überlieferten Wege zur Entwicklung körperlicher Ausgewogenheit und innerer Ruhe. Die YOGA-Praxis besteht aus Körperhaltungen, Atem- und Reinigungsübungen, Entspannungsphasen und auch Meditation ist ein Bestandteil von Hatha-Yoga. YOGA steht jedem Menschen offen – unabhängig von Alter, Beweglichkeit und Weltanschauung. Wichtig ist die Bereitschaft, die eigenen Möglichkeiten kennen- und akzeptieren zu lernen – und dabei offenzubleiben für Veränderungen.

Bitte mitbringen: Isomatte, bequeme Kleidung, Decke, warme Socken
2323012302 Bürgerraum Ebhausen-Ebershardt, Claudia Keck Lopez
Mi., 10.01.2024, 20:00-21:30 Uhr, 8 Abende, 50,50 EUR

Fit & Gesund 40+ (gemischte Gruppe)

In diesem Kurs werden in einem abwechslungsreichen Programm Kraft, Ausdauer und Koordination gestärkt, sowie Übungen zur Stärkung der Rücken- und Bauchmuskulatur durchgeführt. Mit Dehnungs- und Entspannungsübungen klingt die Stunde aus. Die Ausdauer wird mit unterschiedlichen Spielen trainiert, wie z. B. Korbball, Hockey, Chuckball, Streetball.

2323024302 Gemeindehalle Rotfelden, Ingrid Haselmaier und Christel Renneberg

Do., 11.01.2024, 19:30-20:30 Uhr, 10 Abende, 52,50 EUR (ab 8 TN)

WIR GRATULIEREN

Altersjubilare im Monat Januar 2024

Im Ortsteil Ebhausen

05.01. Gerhard Hans Dieter Rusch 70 Jahre
06.01. Wilhelm Weiß 70 Jahre

Im Ortsteil Rotfelden

14.01. Werner Majer 70 Jahre
18.01. Maria Bruder 75 Jahre
22.01. Heidemarie Erika Weik 80 Jahre

Im Ortsteil Ebershardt

09.01. Gudrun Rau 80 Jahre

Im Ortsteil Wenden

Keine

KIRCHLICHE MITTEILUNGEN



Evang. Kirchengemeinde Ebhausen

Wochenspruch 24.12.:

Freuet euch in dem Herrn allewege, und abermals sage ich: Freuet euch! Der Herr ist nahe!

Philipper 4,4-5b

Ev. Kirchengemeinde

Ebhausen

Pfarrer David Gareis

Bei der Kirche 8

72224 Ebhausen

Tel. 07458-384

pfarramt.ebhausen@elkw.de

www.ebhausen-kirche.de

Pfarrbüro: Silvia Böpple

silvia.boepple@elkw.de

Bürozeiten: Di 9-11, Do 14.30-16.30

Urlaub:

Pfarrer David Gareis macht Urlaub vom:

27.12.2023 – 06.01.2024

Die Vertretung macht in dieser Zeit:

27.-31.12.2023

Pfarrer Albrecht Trumpp, Rotfelden

07054-2804

albrecht.trumpp@elkw.de

01.01.-06.01.2024

Pfarrerin Elke Hahn, Neubulach

07053 – 9682913

elke.hahn@elkw.de

Das Pfarrbüro ist in der Zeit vom 27. bis 29.12.2023 nicht besetzt.

Mittwoch, 20. Dezember

10.00 Uhr Krabbelgruppe im Gemeindehaus

15.00 Uhr Konfizeit im Gemeindehaus

19.30 Uhr www-Kreis im Gemeindehaus

Donnerstag, 21. Dezember

19.30 Uhr Bibelgesprächskreis der Apis im Gemeindehaus mit Christa Haupt.

Sonntag, 24. Dezember (4. Advent/Heiligabend)

16.00 Uhr Familien-Gottesdienst mit der Kinderkirche und mit Pfarrer David Gareis.

Das Opfer ist für die Aktion Coworkers ehemals „Hilfe für Brüder“ bestimmt.

22.00 Uhr Christmette mit Pfarrer David Gareis – Musikalischer Gottesdienst mit Musik zum Genießen und zum Mitsingen.

Das Opfer ist für Coworkers ehemals „Hilfe für Brüder“ bestimmt.

Montag, 25. Dezember (1. Weihnachtstag)

10.00 Uhr Gottesdienst am 1. Weihnachtstag mit Pfarrer David Gareis.

Musikalische Gestaltung: sing&pray. Das Opfer ist für die Aktion „Brot für die Welt“ bestimmt.

Dienstag, 26. Dezember (2. Weihnachtstag)

10.00 Uhr Gottesdienst am 2. Weihnachtstag mit Pfarrer David Gareis.

Das Opfer ist für unsere eigene Gemeinde bestimmt, z. B. für unsere Jugendarbeit.

Die Kirchengemeinde Mindersbach nimmt an dem Gottesdienst teil.

Donnerstag, 28. Dezember

19.30 Uhr Jahresschlussstunde der Apis im Gemeindehaus

Wochenspruch 31.12.:

Meine Zeit steht in deinen Händen.

Psalm 31, 16a

Sonntag, 31. Dezember (Silvester)

17.00 Uhr Gottesdienst mit Abendmahlsfeier am Altjahrabend mit Prädikantin Rose Reich.